

Zwei Verfahren mit Sprengkraft

Der Eindruck, dass es inmitten der Corona-Pandemie ziemlich ruhig geworden ist in der Diskussion um die Zukunft des Steinbruchs Herrenberg-Haslach, täuscht gewaltig - und das hat nichts damit zu tun, dass es zuletzt immer wieder heftigste Sprengungen gab, die nicht nur die Haslacher Bürgerinnen und Bürger erschüttert haben, sondern auch deren Häuser. Denn hinter den Kulissen wird weiter heftig gerungen um die immensen Belastungen, die immer noch vom Steinbruch ausgehen, und natürlich erst recht um die drohende Erweiterung um 5,7 Hektar (das entspricht acht Fußballfeldern). Verbunden mit klaren Forderungen der Bürgerinitiative Steinbruch Herrenberg-Haslach.

Schon seit weit über einem halben Jahr beschäftigt sich das Verwaltungsgericht Stuttgart nun mit der Frage, ob die Anordnung des Landratsamtes Böblingen rechtmäßig ist, den Betrieb des Steinbruchs aufgrund der veralteten Produktionsanlagen, die seit mindestens einem Jahrzehnt nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprechen, sofort stillzulegen. Der Fall ist völlig zurecht als "Eilverfahren" eingeordnet, nur ist aus Sicht der BI nicht nachzuvollziehen, warum das Thema dann nicht auch schnell entschieden werden kann. Angesichts der unzumutbaren Belastungen durch den Steinbruch (Staub, Lärm, Sprengungen, Verkehr) haben die Bürgerinnen und Bürger in Herrenberg und Haslach einen Anspruch darauf, endlich zu erfahren, ob der Betrieb mit den aktuellen Produktionsanlagen vom Landratsamt stillgelegt werden kann. Oder ob es für ein Gericht möglich ist, Argumente zu finden, die es den Betreibern erlauben, weiterhin mit einer schrottreifen Anlage auf Kosten der Menschen ziemlich viel Schotter zu machen.

Im zweiten Verfahren, das anliegt, geht es um die vom Betreiber geplante Mega-Erweiterung des Steinbruchs. Vom Landratsamt ist für Mittwoch, 21. April, in der Stadthalle Herrenberg ein Anhörungstermin angesetzt. An diesem Tag können alle, die Einwände gegen die Genehmigung formuliert haben, ihre Argumente vortragen. Dies ist der entscheidende Termin für die Frage ist, ob der Betrieb des Steinbruchs unglaubliche 30 bis 35 Jahre weiterlaufen wird und die Belastungen durch die Erlaubnis, erheblich mehr als bisher abzubauen, noch einmal enorm ansteigen werden. Deshalb fordert die BI Steinbruch Herrenberg-Haslach, diese Anhörung nur dann zu realisieren, wenn auch die Bürgerinnen und Bürger zugelassen werden können. Nur so ist eine offene, transparente Entscheidungsfindung möglich. Sollten die aktuellen Regeln zur Bewältigung der Corona-Pandemie es nicht erlauben, die Öffentlichkeit einzubinden oder die Verantwortlichen gar über einen rein digitalen Anhörungstermin nachdenken, ist eine neuerliche Verschiebung des Termins aus Sicht der BI die einzig mögliche Lösung.

Wenn der Anhörungstermin allerdings wie durch das Landratsamt ursprünglich geplant stattfindet, wird die BI Steinbruch Herrenberg-Haslach bestens darauf vorbereitet sein. "Wir haben in unserer Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren ausführlich und mit vielen stichhaltigen Argumenten genauestens begründet, warum die Erweiterung aus unserer Sicht nicht genehmigt werden kann", erklärt die BI, "wir sind absolut bereit für eine sachlich-fundierte Diskussion mit dem Betreiber und dem Landratsamt."

Zugleich fordert die BI Steinbruch Herrenberg-Haslach, dass ihre Einwände, Argumente und Fragen diesmal auch ernst genommen werden - anders als noch im Januar. Damals war das Landratsamt enorm stolz darauf, die Öffentlichkeit am Genehmigungsverfahren für das neue Schotterwerk, das nach Meinung der BI völlig unverständlicherweise abgekoppelt vom Genehmigungsverfahren zur Erweiterung läuft, zu beteiligen. Über eine Internetseite konnten Fragen eingereicht werden, davon hat die BI rege Gebrauch gemacht. Umso enttäuschender fiel die Resonanz auf die 40 gestellten Fragen aus. "Wir hatten uns fundierte und umfassende Antworten erhofft", erklärt die BI, "erhalten haben wir Rückmeldungen, die in ihrer Inhaltsleere nur schwer zu unterbieten gewesen wären. Wenn am Ende lediglich unbedeutende Larifari-Antworten geliefert werden, hat das nichts mit einer sinnvollen, ernstzunehmenden Beteiligung der Öffentlichkeit zu tun. Diese Antworten des Landratsamtes sind ein weiterer Beleg für unsere Befürchtung, dass die Genehmigungsbehörde vorhat, das neue Schotterwerk und die Erweiterung des Steinbruchs möglichst geräuschlos durchzuwinken. Doch dagegen werden wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften wehren."